

**Bezugspreise:**  
für Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Zahlung 7,50 Mk., vierteljährlich  
22,50 Mk., durch die Post monatlich  
8,25 Mk., vierteljährlich 24,75 Mk.,  
einschl. Zustellungsgebühren. Bestel-  
lungen werden von allen Zeitungs-  
postämtern angenommen. Im  
einzelnen, Zeitungsverzeichnis unter  
Sonder-Zahlung eingetragenen. Für  
Anzeigen wird keine Gewähr über-  
nommen. Nachdruck nur mit der  
Quellenangabe, „Sonder-Zahlung“ ge-  
boten. Ferner der Geschäftsleitung Nr.  
1140, der Postämtern Halle, Nr. 1139,  
s. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1139.

Morgen-Ausgabe.

# Saale-Zeitung

Stundfünftägiger Jahrgang.

**Anzeigenpreise:**

Die 8 spalten 34 mm breite 11 Mi-  
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,  
sonstige 50 Pf., Reklamen  
die 92 mm breite 11 Meterzeile  
2,50 Mk., Anzeigen nehmen an  
unserer Geschäftsstelle, a. sämtliche  
Anzeigenverträge. Erfüllungsort:  
Halle. Erhalten bis 12 Uhr  
Sonntags und Montags 1 mal.  
Sonder-Zahlung und Sontag-Ge-  
schäftsstelle: Halle, Neue Dromo-  
nade 1a, St. Oechausstr. 17.  
Halle - Geschäftsstellen: Große  
Mühlstraße 22 und Markt 24.  
Dresden - Halle Leipzig Nr. 225 23.

Nr. 315.

Halle, Sonnabend, den 9. Juli 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

## Demonstrative Abreise der Franzosen aus Leipzig.

### Die Verräterei

#### des Grafen Karolyi.

Die durch den Prinzen Windischgrätz in der ungarischen Nationalversammlung ausgedehnten Machinationen des Grafen Karolyi leuchten tief hinein in die Gründe, die uns den Krieg verlieren ließen. Der Betrug, der hier an uns, die nur aus deutscher Treue für das bedrängte Österreich eingetreten waren, verübt worden ist, stinkt zum Himmel und man verzieht es nicht, daß deutsche maßgebende Stellen, als ihnen die Dinge bekannt wurden, nicht weit energischer durchgegriffen haben. Prinz Windischgrätz führte aus, daß er es für notwendig halte, alles zu sagen, was er in Verbindung mit der Oktoberrevolution und über die Verbindungen, die während des Krieges mit den Feinden aufrecht erhalten wurden, wisse. Die Nationalversammlung möge entscheiden, ob Redner das Recht habe, die Unabhängigkeitspartei des Vaterlandsobertrats zu beschuldigen. Von der durch Michail Karolyi und seine Partei ins Leben gerufenen revolutionären Bewegung habe er im Jahre 1918 Kenntnis erhalten, als er in seiner Eigenschaft als Ernährungsminister in Berlin weilte. Man habe ihn in Berlin aufmerksamer gemacht, daß der deutsche Generalstab diese von der Unabhängigkeitspartei und von Karolyi ausgehende Bewegung verfolgte, daß die französischen und italienischen Verbindungen Karolyis wohl bekannt seien, und daß man die Mitglieder der Unabhängigkeitspartei kenne, die an der Spitze der Bewegung stehen. Es sei auch erwähnt worden, daß die auf diese Bewegung bezüglichen Beziehungen in der Wohnung Karolyis und Sollos stattgefunden haben. Aus Berlin heimgekehrt, habe er pflichtgemäß dem König sowie dem ungarischen Ministerpräsidenten hiervon Mitteilung gemacht, und die Befehle, die er erhielt, waren von Karolyi abweisend ein militärisches Strafverfahren im Zuge liegend, in dessen Verlauf sich die Frage klären müsse.

Karolyi hand in Verbindung mit einer Spionageabteilung in der französischen Gefangenschaft in Bern. Von dort bekam er materielle Unterstützung. Außerdem informierte er Renaud, Blum und Guillebaud. Er richtete mehrere Denkschriften an die französische Regierung, worin er materielle Hilfe für die Revolutionierung Österreich-Ungarns erbat. Die Regierung hat aber, wie Windischgrätz behauptet, diese Denkschriften nicht beantwortet, weil Karolyi gleichzeitig mit Caillaud in Verbindung stand und weil ihr außerdem bekannt war, daß er von der russischen Sowjetregierung mit Geld versehen wurde. In einer dieser Denkschriften hat er die bevorstehenden Angriffe der deutschen Streitkräfte am Chemin de Dames und bei Chateau Thierry gemeldet. Andere Verbindungen des Grafen Karolyi führten nach Italien. Der deutsche Generalstab hat durch seine Budapester Kriminalabteilung Kenntnis von diesen Verräterei Karolyis erhalten.

Als er nach der Schlacht an der Piave im Auftrage des Armeekorpskommandos und der ungarischen Regierung mit dem deutschen Hauptquartier wegen der Ernährungsfragen Verhandlungen pflog, habe ihn Kaiser Wilhelm ermächtigt, dem König darüber zu berichten, daß der deutsche Generalstab sämtliche Fäden der revolutionären Bewegung auf die Spur gekommen sei. Der Kaiser habe diese Mitteilung mit der Bemerkung begleitet, daß unter derzeitigen Umständen die Weiterführung des Krieges unmöglich sei einerseits wegen des fortwährenden Vorrates der tschechischen Truppen, andererseits wegen der revolutionären Bewegung der Karolyipartei, die früher oder später zum Zusammenbruch der Monarchie führen müßte. Kaiser Wilhelm habe nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß man die erwähnten Machinationen ein Ende bereiten müsse, und habe den Redner ersucht, in die Informationen des Generalstabes Einblick zu nehmen. Der deutsche Generalstab habe damals in Budapest zur Kontrolle der von Karolyi geleiteten Aktionen ein ausgeprägtes Spionagebüro unterhalten.

Als Karolyi dann ungarischer Ministerpräsident war, habe Redner selbst geglaubt, daß es gelingen werde, mit der französischen Regierung Vereinbarungen zu treffen, die bei den Friedensverhandlungen die Situation des Landes eventuell erleichtern könnten. Um so größer sei aber seine Enttäuschung gewesen, als er von französischer Seite mit der Erklärung empfangen wurde, man könnte nicht verstehen, auf welche Weise Karolyi in den Besitz der Macht gelangt sei. Die französische Regierung hatte Karolyi als Spion und als Revolutionär benützt, um die Widerstandsfähigkeit der Zentralmächte zu schwächen, hatte jedoch nicht daran gedacht, daß sie Karolyi und seinen Leuten als Regierungsgesandten zu betrachten werde, um so mehr, als sie die Verbindungen

Karolyis mit der Sowjetregierung getannt habe. Als Redner nach seiner Demission von dem Berrat Karolyis erfahren habe, habe er die französische und englische Regierung davon verständigt, um Karolyi zu diskreditieren. Im Laufe seines Schweizer Aufenthaltes habe er Gelegenheit gehabt, in die französischen Beziehungen Karolyis Einblick zu gewinnen. Karolyi habe drei Denkschriften eingereicht, in denen er von der französischen Regierung Hilfe für den Fall eines Erfolges der Revolution erbat. Die Denkschriften seien jedoch unbeantwortet geblieben.

Redner verliest einige Stellen aus einer solchen Denkschrift. Karolyi beschuldigt darin die ungarische Politik der letzten vier Jahrzehnte, daß sie die Nationalitäten unterdrückt habe, und bietet sich an, eine Politik zu verfolgen, die den Wünschen Frankreichs und Englands Folge leisten werde. Es heißt dort unter anderem, daß es nicht im Interesse des ungarischen Volkes sein könnte, die bisherigen Grenzen aufrechtzuerhalten, die ebenso ungerecht seien, wie sie mit den Interessen der ungarischen Rasse nicht vereinbar werden können. Die Karolyipartei habe stets diese Politik befolgt und erhoffe Unterstützung seitens der französischen Politik. Man müsse nun den Diazschen Waffenstillstandsvertrag sowie das Friedensangebot des Grafen Andrássy mit dem letzteren Dokument vergleichen, um einzusehen, daß die Verräterei nur ihrem eigenen Interesse zuliebe um die französische Unterstützung buhlete.

Redner führt weiter an, Graf Karolyi habe laut einem Berichte des Berner französischen Botschafters an den französischen Minister des Auswärtigen vom 23. November 1917 vor der Öffentlichkeit gesagt, in Österreich-Ungarn sei die Erzeugung sehr groß, denn Deutschland habe für den Fall von Anrühen in Böhmen die Besetzung Böhmens mit deutschen Truppen angedeutet. Nach einem Rückblick auf die auswärtige Politik der Monarchie vor dem Kriege fährt der Redner fort: „Österreich und Ungarn hätten eine solche Aktion organisiert, wie sie in Russland die Bolschewisten organisiert haben. Graf Karolyi glaubte am 30. November 1917, daß, falls diese Aktion, die bereits vorbereitet gewesen war, zum Ausbruch käme, dies genügen würde, um Ungarn und Österreich dazu zu zwingen, ein Friedensangebot ohne vorherige Verständigung Deutschlands anzunehmen. Er bemerkte noch, daß er nicht glaube, daß die Aktion vor drei Monaten durchführbar wäre. Redner bemerkt, daß diese Dokumente die Schuld Karolyis in genügendem Maße bezeugen dürften.“

### S. Kriegs-Prozess in Leipzig.

Am Freitag vormittag begann der achte Kriegsbeschuldigungs-Prozess. Angeklagte sind der ehemalige Lieutenant a. D. von Schafel und der ehemalige Major Bruno Krusta. Beide werden beschuldigt, als Ortskommandanten und Vorsteher des Gefangenensagers Riederwohren bei Kassel den Ausbruch von Typhus, dem einige französische Gefangene erlegen sind, verschuldet zu haben. Es sind elf inländische und neun französische Jünger geladen sowie drei ärztliche Sachverständige. Die Angeklagten sind beide in Zivil erschienen.

Bei Aufruf der Zeugen antwortet der Direktor der Rhein-Mosel-Versicherung in Etzshagen, C. Paschall anstatt „hier“ mit „present“, worauf ihn der Präsident Schmidt darauf hinweist, daß er doch Zeuge verhehe. Der Zeuge antwortet, er sei als französischer Zeuge geladen. Vom Präsidenten wird er befragt: Ein Zeuge als solcher hat keine Nationalität, die Gerichtssprache ist deutsch.

Der Präsident teilt mit, daß vom Oberreichsanwalt Dr. Ghermaner nach Lage der Beweiserhebung der Voruntersuchung keine Anklage erhoben sei, daß aber nach dem neuen Kriegsverbrechergesetz verhandelt werden müsse.

Nach den Angaben der französischen Liste soll General Schafel durch eine Reihe von Mißhandlungen und Gewalttätigkeiten vorläufig den Tod zahlreicher Gefangenen verschuldet haben. Auch Generalmajor Krusta soll den Tod zahlreicher Gefangener verschuldet haben und namentlich durch systematische Kadaverfliegerei und logar vorläufige Verbreitung der Epidemie, die im Lager ausbrach, welche infolge von Schafel und Krusta von mehr als dreißig hundert Gefangenen verstorben zu haben, da alle hygienischen Maßnahmen unterlassen worden seien. Die eingekerkerten russischen Gefangenen, die typhuskrank waren, sollen unter die englischen und französischen Gefangenen gemischt worden sein. Es habe keine Desinfizierung bestanden. Die Kranken wurden in Betten gelegt von oben Gestorbenen. Die Leichen seien nicht gewaschen worden.

General von Schafel gibt an: Das Lager ist mir vom 27. September 1914 bis zum 21. Januar 1915 unterstellt gewesen. Die Einschleppung des Typhus ist im Januar 1915 durch 3000 Russen erfolgt, die aus dem Lager Vangensalza übergeführt worden sind. Der damalige Lagerarzt von Riederwohren hat in seinem Bericht ausdrücklich gesagt, daß das Lager bis zum Eintreffen der Russen typhusfrei war. Er, der Angeklagte, könne auf das bestimmte er-

kären, daß nach seiner Überzeugung in dieser ganzen Zeit mit der größten Pflichttreue von allen Stellen gearbeitet worden sei und daß nach jeder Richtung hin nicht das Geringste verstimmt worden sei. Der Platz war bidmännig eingerichtet; er war nicht jumpig, denn er diente vorher der Infanterie als Übungsplatz. Gebirge als die Russen einzutreffen, setzte eine lange Regenzeit ein. Es sind Schlacken und Kiese weggeführt worden und es ist ungeheure Arbeit geleistet worden, um das Lager trocken zu halten.

Präsident: Den Gefangenen soll das Betreten der trockenen Wege verboten worden sein?

Angeklagter: Nein, das wäre ja unmöglich gewesen. Präsident: Wie rasch hat sich die Gefangenensicht vermehrt?

Angeklagter: Erst waren es 4000 Mann, dann stieg die Zahl auf 16 000. Es ist aber nicht vorzulegen, daß auch nur ein einziger Gefangener eine Nacht im Freien hat zubringen müssen. Der Charakter in Kassel hat erlaubt, daß er bis zu 52 Zigarette unter sich hatte. Was sollte gefahren? Die Gefangenen kamen an und sie mußten zunächst bidmännig untergebracht werden. Es ist mit größtem Eifer gearbeitet worden, um alle Gefangenen so gut wie möglich unterzubringen. Es sind neue Gebäude und neue Ertragsbaracken errichtet worden.

Präsident: Sobald die Gefangenenzahl 4000 überstieg, sollte doch ein neuer Lagerkommandant ernannt werden?

Angeklagter: Das Papier ist gebudigt, aber als Generalmajor Krusta Kommandant war, zählte es kaum 5000. Dann kamen im Januar allerdings plötzlich etwa 11 000 russische Gefangene ein. Die Leute kamen unüber den Hals und es fehlte natürlich an Personal, das übrigens aus Freiwilligen bestand. Als wir das Gefangenentaler abgaben, lautete die Meldung des Sanitätsamtes: „Der Gesundheitszustand des Lagers ist sehr gut.“ Nur sechs Gefangene sind gestorben.

General von Schafel gibt ab dann eine Schilderung von dem Lager. Er sagt, er habe die Gefangenen in Gruppen unterteilt, die in Gruppen unterteilt waren.

Präsident: Wie waren die Latrinen?

General von Schafel: Nach den ersten Tagen des Oktober waren drei Latrinen mit 144 Sitzen vorhanden. Es war beabsichtigt worden, die Latrinen auszumetrieren; so kam es vor, daß man die Gefangenen den kurzen Weg des Zeltlagers in dieser Zeit geben lassen mußte. Es ist also auch in dieser Beziehung alles gesehen. Es fehlte eben zunächst vollständig an Erfahrung in der Unterbringung von großen Massen Gefangener.

Präsident: Wie stand es mit der ärztlichen Versorgung?

General von Schafel: Für die große Zahl der Gefangenen waren in erster Linie deutsche Ärzte erforderlich. Die hatten aber in den Feldlagern mit den vielen deutschen Verwundeten zu tun. Infolge dessen mußte man in Gefangenensagern in der Zuteilung von Ärzten parlamentarisch sein, und man war mit angehenden auf die ausländischen Ärzte. Da man es natürlich zu Unfrümmigkeiten. Manche ausländischen Ärzte konnten wir überhaupt nicht brauchen. Ein Mangel von Ärzten war vorhanden, so war es aber auch in den Gefangenensagern der Entente. Das große Reservelazarett Kassel bestand, wie bereits erwähnt, aus 152 einzelnen Lazarettgebäuden. Für Leichtkranke sind Zeltlager errichtet mit Betten, dann Isolierbaracken errichtet. Die Schwerkranken kamen in das große Reservelazarett in Kassel. Die ganzen Verbandsunternehmungen lagen nicht mir, sondern der Kommandantur ob. Was die Verpackung betrifft, so hatte die Intendantur mit der Firma Schmidt einen Lieferungsvertrag abgeschlossen, der Firma ist der Schichtbetrag der gelieferten Güter gewährt worden.

Präsident: Wissen Sie, daß der Nährwert der Nahrungsmittel, die die Gefangenen erhielten, den Nährwert der Lebensmittel für die deutsche Bevölkerung nach der wissenschaftlichen Untersuchung übertrifft, daß aber diese Feststellungen und Tatsachen durch die Presse damals nicht bekannt gegeben werden durften?

General von Schafel: Das war mir bekannt.

Präsident: Ein Zeuge hat in der Abfrage angegeben, daß die Fische schlecht gewesen seien, das kann ja mal vorfallen.

General von Schafel: Davon ist mir nichts bekannt.

Präsident: Wie waren die Desinfektionsrichtungen?

General von Schafel: Es kamen immer nur einige Typhusfälle in Frage. Ein Cholerafall ist mir nicht gemeldet worden. Schwerkranken kamen in das Lazarett in Kassel.

(Die Verhandlung dauert fort.)

### Abreise der Franzosen aus Leipzig.

Freitag nachmittag ¼ 4 Uhr verließ die französische Delegation den Sitzungssaal des Reichsgerichts. Sie hat sofort Leipzig verlassen. Auch die französischen Zeugen im Prozeß Schafel-Krusta werden in kürzester Frist abreisen. Der Präsident Dr. Schmidt teilte gegen 4 Uhr nachmittags mit, daß die sämtlichen französischen Zeugen, auch die noch nicht vernommenen, unter Führung der

französischen Delegierten das Verzichtgebäude verlassen haben, so daß, da die heutigen Zeugen erst für morgen geladen sind, die Verhandlung nicht weitergeführt werden kann. Die Verhandlung wird morgen vormittig 9 Uhr fortgesetzt.

Der „Matin“ schreibt: Im Verfolg der empfindlichen Freisprechung des Generals Stenger ist die französische Regierung zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Anwesenheit einer französischen Abteilung zur Befolgung der Verhandlungen nur dem Leipziger Reichsgericht nützlich, nicht unzulässig, sondern auch lächerlich geworden sei. Infolgedessen habe Briand gestern abend den französischen Vertretern telegraphisch die Anweisung übermittelt, unverzüglich nach Paris zurückzuführen. Er regte ferner bei den englischen und belgischen Regierung an, in Zukunft ebenso wie Frankreich darauf zu verzichten, Rechtsvertreter nach Leipzig zu entsenden.

### Der Reichskanzler in Breslau.

Der Reichskanzler, der heute in Begleitung des preussischen Ministers des Innern Dominicus hier eingetroffen ist, nahm zunächst im Oberpräsidium die Vorstellung der Beamten entgegen und empfing um 10 Uhr die Vertreter der Behörden, politischen Parteien, Gewerkschaften und die schlesischen Abgeordneten, darunter den eben aus der Gefangenschaft befreiten Hg. Seppowitz, sowie Vertreter der Presse zu einer wagnisvollen Aussprache, worin nach den einleitenden Worten des Reichskanzlers auch die Parteien zu Worte kamen.

### 15 000 Mark Belohnung für die Ergreifung des Mörders des Majors Montalegre.

Der Magistrat der Stadt Bautzen hat auf die Ergreifung des Täters, der am 4. Juli den französischen Major Montalegre erschossen hat, oder auf die Bestrafung von Anzügen zur Aufklärung eine Belohnung von 15 000 Mark ausgesetzt. Die aus diesem Anlaß in Haft gehaltenen Geiseln sind von den Gewächtern aus der Haft entlassen worden. Von den Geiseln wurden vor der Entlassung die Unterzeichnung einer Erklärung verlangt, daß sie während der Haft human behandelt worden seien. Ein Teil der Geiseln hat die Unterzeichnung grundsätzlich abgelehnt.

### Der Tarifvertrag der Bankbeamten.

Zu dem letztzeit bekanntgegebenen Schiedsspruch für Verlängerung des Reichsarbeitsvertrages im Bankgewerbe teilt der Deutsche Bankbeamtenverein mit, daß sowohl der Reichsverband der Bankbeamten als auch die Angestellten-Organisationen den Schiedsspruch angenommen haben. Die Annahmeverhandlung erfolgte jedoch auf beiden Seiten nur unter bestimmten Vorbehalten. Es werden inselgesondert Nachverhandlungen stattfinden.

### Großbritannien und die europäische Frage.

In der Donnerstag-Sitzung der Reichskonferenz wurde, wie die Wäiter melden, die Haltung des britischen Reiches gegenüber den europäischen Angelegenheiten erörtert. Besonders kam die Frage der französisch-englischen Beziehungen zur Sprache. Die Konferenz wird die Verhandlungen der Reichskonferenz zu einem allgemeinen Einverständnis über die Reichspolitik geführt haben, ebenso über die allgemeine Richtung der im Stillen Ozean und im fernsten Osten zu befolgenden Politik erfragte eine Einigung. Große Hoffnung wird hinsichtlich der offiziellen Erörterungen zwischen den Mächten des Stillen Ozeans gehegt, es wurden deswegen Beschlüsse an Washington gerichtet. Die Auffassung der Reichskonferenz war, daß die besondere Freundschaft mit den Vereinigten Staaten in Harmonie gebracht werden müsse. Besichtiglich des englisch-japanischen Vertrages verurteilt, daß er entsprechend den Satzungen des Völkerbundes abgeändert wird.

Ueber die Frage der Reichserweiterung wurden sehr wichtige Besprechungen abgehalten. Ferner erklärte sich die Reichskonferenz mit der allgemeinen Politik der Regierung im Osten bezüglich Mesopotamiens und Palästinas einverstanden.

Die Reichsminister würdigten vollumfänglich die Schwierigkeiten der Regierung bezüglich Europas und blühten den Geist, in dem die Schwierigkeiten behandelt werden. — Bei der Erörterung der auswärtigen Politik wurden folgende der englischen Regierung ausfindige Erklärungen über die Beziehungen, über die Frage der deutschen Garantien, des besetzten Gebietes und über den griechisch-türkischen Konflikt abgegeben. Wegen der Einwohnungsfrage und der Ausschließung der in den Dominions sind Schwierigkeiten nicht entstanden, da sowohl Indien als auch Japan das Recht der Dominions anerkennen, über den Charakter ihrer eigenen Bevölkerung zu entscheiden. Endlich kam die Frage der Reichserweiterungsfrage zur Sprache, die einem besonderen Ausschuss unter dem Vorsitz Churchill überwiefen wurde. Man erwartet, daß die Konferenz noch etwa zwei Wochen tagt.

### Preussischer Landtag.

Sitzung vom Freitag, den 8. Juli.

Nach Erledigung kleiner Vorträge wird der Staatsvertrag über den Übergang der Land- und Wasserkräfte an das Reich in zweiter Lesung an den Hauptauschuss übergeben. Der Entwurf über die Erweiterung des Reiches ist bei den Abgeordneten nicht ohne Debatte genehmigt. Dann wird die Besprechung der sozialdemokratischen Häuerlingsinterpellation fortgesetzt.

Hg. Meyer (Soz.): Den Interpellanten kommt es in erster Linie auf eine Verbesserung der Reichsordnung an. Der Redner beantragt die Interpellation dem landwirtschaftlichen Ausschuss zu überweisen.

Hg. Schulz-Neudorf (Komm.) verweist auf die alte hanoverische Grundordnung, die den Landwirten ein baronisches Stimmrecht eingeräumt habe. Als der Redner die Zentrumstheorie Geisels nennt, wird er zur Ordnung gerufen. Den zweiten Ordnungsertrag erhält er, als er den Hg. Bapen (Zentrum) ehrlös nennt. Für den Zwischenruf „Um meinetwillen“ wird der Hg. Kaufhold (Dm.) zur Ordnung gerufen. Die Erklärung der Regierung nennt der Redner eine Unverschämtheit.

Hg. Buebet (Soz.) befragt die Regierungserklärung, als unbefriedigend. Die Reichsordnung müsse schleunigst verbessert werden.

Hg. Wegmann (Dm.) betont nochmals, daß von Ausnahmefällen abgesehen, das Verhältnis zwischen Häuerlingen und Häuerlingen ein durchaus befriedigendes sei. Dem schließt die Aussprache. Die Interpellation wird dem Landwirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Nach Begründung einer sozialdemokratischen großen Anfrage, was die Regierung zu tun gedente, um eine tiefergehende

Reform der atademischen Vorbildung

und die sachliche Durchbildung der Anwärter der höheren Justiz und des Verwaltungsdienstes in einer den neuzeitlichen Bedürfnissen entsprechenden Weise sicherzustellen.

Kultusminister Beder: Auch die Regierung halte die Reform der atademischen Vorbildung für eine dringende nationale Angelegenheit. Die Regierung habe sich in dieser Frage schon mit den Hochschulverwaltungen in Verbindung gesetzt und jetzt ist die Sache soweit gefördert, daß die einzelnen Staatsminister in Beratungen darüber eingetreten sind. Entbehrliche Lehrgegenstände sollen umgebaut werden, um mehr Räume für eine sachliche Vorbildung zu schaffen. Die Regierung werde in absehbarer Zeit fertige Beschlüsse mitteilen können.

Auf Antrag Dr. Rosenfeld (Soz.) wird die Besprechung der Interpellationen geschlossen.

Hg. Beyer (Z) begrüßt die Förderung der Interpellationen, besonders im Hinblick auf die jüngste Rede Lord Curzon, in der er meinte, die Konturierung der deutschen Unversitäten sei befristet. Gerade jetzt müsse alles getan werden, um die hervorragende Stellung der deutschen Unversitäten neu zu festigen. Die einzelnen Reformvor schläge müssen in einem Ausschuss beraten werden.

Dr. Köhler (Dm.) betont, die guten Eigenschaften des preussischen Beamtenbundes seien ein Beweis dafür, daß das System der bisherigen Vorbildung doch nicht so schlecht sein könnte. Auch wir sind zu Reformen bereit, gehen aber nicht so weit wie die Interpellationen. Wir können es nicht fassen, wenn Professorien für die Demokratie und den Sozialismus eingerichtet werden.

Hg. Rosenfeld (Soz.): Das Ständebild der theoretischen und praktischen Vorbildung muß zu einem Nebeneinander werden, bei dem sich Theorie und Praxis gegenseitig befruchten. Mit dem Zukunftswechsel der Regierung können wir uns nicht begnügen. Wir beantragen Ueberweisung der Angelegenheit an den Unterrichts-ausschuss.

Hg. Stichtenfeld (U. S.): Wir unterstützen den sozialistischen Antrag, weil wir darin den ersten Versuch einer ernstlichen Demokratisierung von Kultus und Verwaltung erblicken. Wir müssen endlich zur Wahl der Richter durch das Volk kommen. Eher werden die bewußten Reichsbeamten nicht aufhören, die wir jetzt in unserer Justiz erblicken. Die reaktionären Richter und Staatsanwälte nehmen heute an den revolutionären Arbeitern Rache für die Revolution. Der Redner kritisiert dann die Leipziger Reichsgerichtsurteile, besonders die Freisprechung des Generals Stenger (Unruhe rechts, Ruhe: Zur Sache) und vergleicht damit die Urteile gegen die mitteldeutschen Auführer.

Hg. Eichhoff (D. L.) gibt für seine Partei die kurze Erklärung ab, daß sie sich den Reformwünschen anschließe, aber die Erörterung der einzelnen Vorschläge der Kommissionenberatung überläßt. Redner wendet sich dann gegen falsches Bild unserer Rechtspflege gezeichnet habe. Nach einem Schlußwort des Begründers der sozialdemokratischen Interpellation (Hg. Waentig) wird die Interpellation gegen die Stimmen der Rechten und des Zentrums dem Unterrichts-ausschuss überwiesen.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. Anträgen, kleinere Vorträge. Schluß 6 Uhr.

### Deutsches Reich.

#### Keine Verteilung der deutschen Pächter aus den ehemals preussischen Domänen.

WE. Berlin, 8. Juli. Das Generalsekretariat der Reichskammer der Reichskammer hat der deutschen Hofkammer in Paris folgende Note überreicht:

Am 4. Juli ließ Herr Mayer dem Präsidenten der Reichskammerkongressen mitteilen, daß die polnischen Behörden im Begriffe wären, am 1. Juli mit der Verteilung der Pächter der ehemals preussischen Domänen in den an Polen abgetretenen Gebieten zu beginnen, eine Frage, die bereits mit dem Schreiben 6852 vom 4. Juni von dem deutschen Botschafter der Konferenz zur Prüfung unterbreitet worden war. Herr Mayer hat die Konferenz ersucht, ohne Bezug zu intervenieren, um die drohenden Verteilungen zu verhindern.

Das Generalsekretariat der Konferenz bezieht sich, als Antwort auf diese Mitteilung dem deutschen Botschafter wissen zu lassen, daß Abhandlung der mit der Verteilung in dieser Frage von der Konferenz beauftragt war, aus eigener Initiative bei der polnischen Delegation interveniert hat, die in Aussicht genommenen Verteilungen einzustellen. Der von Mayer ausgesprochene Wunsch ist demnach erfüllt unter Vorbehalt der Entscheidung, die die Konferenz selbst auf Grund der verlangten Informationen in dieser Frage treffen wird.

#### Die ganze Nordsee minenfrei.

Aus Berlin wird übergedruckt:

Die Minenräumarbeiten sind dank der unermüdbaren Arbeitstätigkeit der Minenräufahrer beendet. Die ganze Nordsee ist minenfrei. Auch mehr werden die Minenräumarbeiten in der nördlichen Ostsee, die bisher südlich von 56 Grad 30 Min. fortgesetzt ist, nachdrücklich betrieben. Die Sommerarbeiten werden sich dabei auf ausländische Häfen und die Randhäfen der Ostsee stützen. Diese Arbeiten werden die Marine voraussichtlich noch bis zum Spätherbst 1922 beschäftigen. Außerdem werden Mitte Juli zwei Halbtrossen in das Nordliche Ostsee Meer entsandt, um die dort während des Krieges gelegenen Friedensminen zu beseitigen, wozu wir nach dem kleinen Kreuzer „Hamburg“ beauftragt sein. Als Stützpunkt für die Häfen des nördlichen Ostsees vorgesehen. Die Dauer der Unternehmungen wird auf etwa acht Wochen geschätzt. Mit Rücksicht auf die großen Fortschritte, die die Minenräumarbeiten in diesem Jahre bisher begünstigt haben, wird im Herbst eine Besichtigung des Minenräufahrers

entzeten; das hierdurch genannte Personal wird zur Inbetriebstellung des Linienkassiffes „Braunschweig“ und des kleinen Kreuzers „Tetis“ verwendet.

#### Die verschwindenden Bürgermeister.

Katze, 8. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der Karlsruher Bezirksrat der „Dona“ meldet: Das geheimnisvolle Verschwinden der beiden Bürgermeister in Heidelberg scheint nun seine Aufklärung gefunden zu haben. Wie die Heidelberger Kriminalpolizei mitteilt, gelang es am Donnerstag abend, den Eisenbahnschmierer Siebert in Heidelberg festzunehmen, der dringend des Raubmordes an den beiden Bürgermeistern und an dem Bezirksrat Kaufmann Horu verdächtig ist. Man fand bei ihm mehrere Gegenstände, die dem Verstorbenen Bürgermeister Wasse gehörten. Der Verhaftete, der heute früh der Staatsanwaltschaft vorgeführt wurde, leugnet trotzdem noch die Tat. Er gilt aber für so gut wie überführt. Heute Nacht wurden ferner drei Personen festgenommen, die der Polizei in dieser Angelegenheit verdächtig sind. Die Strafen in den Heidelberger Wäldern werden heute von Hunderten von Polizisten fortgesetzt, und man hofft, heute noch die Reigen zu finden.

Der Schnellzugverkehr bis Katze ausgedehnt. Der Schnellzugverkehr ist nach einem Telegramm aus Beuthen über Beuthen und Kattowitz bis Katze ausgedehnt worden.

### Halle und Umgebung.

Halle, den 9. Juli 1921.

#### 50 Prozent über die Friedensmiete.

Auf Grund der Höchstmietenvorordnung, die bekanntlich bisher in Halle nicht in Geltung gesetzt war, hat der Bezirksauschuss in Merseburg bestimmt, daß im Stadteigentum Halle fortan die Mieten für Wohnungen bis auf 50 Prozent der Friedensmiete erhöht werden dürfen. Die Stadt-Wohnungsdeputation hatte vor einigen Wochen den Satz von 40 Prozent als zulässig erkannt, aber das Mietenausschussamt setzte die Grenze in fast allen Fällen auf 35 Prozent fest, wobei dieser Satz zuletzt als Höchstsatz angesehen werden konnte. Kürzlich ist die Höchstmiete auf 50 Prozent.

Für Räume, die gewerblich zu zweck dienen hat der Bezirksauschuss die Höchstmiete auf 60 Prozent der Friedensmiete festgesetzt.

#### Abschluß der Etatsberatungen.

Die Steuern im neuen Haushaltsjahr. — Unerwartete Erhöhung der Bundessteuer?

In einer Dauer Sitzung von fünf Stunden brachte gestern der hiesige Haushaltsausschuss die Etatsberatungen zum Abschluß. Am Vormittag wurde an dem Entwurf, wie ihn der Magistrat vorgelegt hat, nichts geändert; es sind nur ganz geringe Korrekturen, bei denen eine wesentliche Veränderung vorgenommen wurde. Die Steuererhöhungen wurden genau so, wie wir sie letztendlich mitteilen haben, angenommen. Es sollen also für das Etatsjahr 1921/22 an Gemeindeforderungen 622 Prosa. an Gewerbesteuer 683 Prosa, ferner 5,7 Prosa. des Nutzungswertes der Wohnungen, wobei Wohnungen bis zu 300 M. kleiner freibleiben.

Die Bundessteuer soll 225 000 M. bringen, und zwar ist dabei gegenüber dem vorjährigen Satz von 30 M. eine Steuer von 100 M. je Hund angenommen. Der Zuschuß fand jedoch in Rücksicht auf die Tatsache, daß die Zahl der Hunde in Halle außerordentlich gestiegen ist und dementsprechend auch die Verschmutzung der Straßen, diesen Satz in Anbetracht des gelunten Geldwertes und im Vergleich mit anderen Gemeinden viel zu niedrig. Es wurde auf das Beispiel Meerbeuren hinemigelt, das für den ersten Band 300 M., für den zweiten 500 M. und für den dritten gar 700 M. erhebt. Ähnliche Sätze müßte auch Halle einführen. Der Zuschuß bedarf es einmütig, den Magistrat zu eruchen, eine Korrektur über Erhöhung der Bundessteuer einzubringen. Dabei wurde gewünscht, daß sich eine Konzession finden lasse, um tatsächlich auch alle Hunde im Stadteigentum mit der Besteuerung zu treffen. Gemeinhin seien viele Hunde nicht zur Steuer angemeldet, obwohl die Hausmiete ausdrücklich verpflichtet ist, bei den Hausstandsangaben auch anzugeben, wer von den Hausbewohnern einen Hund hält.

Korrekturen wurde, daß die Fremdensteuer, die vor Monaten beschlossen wurde und 200 000 M. einbringen soll, noch immer nicht genehmigt ist; diese Verzögerung bringe unsere Stadt erheblichen Schaden, es müsse unbedingt verlangt werden, daß die städtische Behörde, von deren Genehmigung die Erhebung der Steuer abhängt, endlich aufhöre, die Rücksicht auf unsere städtischen Finanzen außer Acht zu lassen.

Die städtische Grundsteuer soll 5 000 000 M. ergeben (mehr gegen das Vorjahr 1 876 000 M.), die Gewerbesteuer 8 795 000 M. (mehr gegen das Vorjahr 5 847 000 M.), die Betriebssteuer 14 000 M., der 300 Prozent Gemeindefiskus zur Betriebssteuer 42 000 M., die Spartenabgabensteuer 35 000 M., die Biersteuer 30 000 M., die Luftsteuer 3 000 000 M., die Gemeindefiskussteuer 200 000 M., die Wanderersteuer 2000 M., der Gemeindefiskus zur Reichssteuererwerbsteuer 500 000 M., was eine Steigerung von 225 000 M. bedeutet. Den Hauptposten in den Steuereinnahmen bildet der Anteil der Stadtgemeinde an der Reichslandkommunikationssteuer und der Reichslandkommunikationssteuer; er ist mit 1 850 000 M. eingest. das sind 8 500 000 M. mehr als im Jahre vorher. Sollen sich erhalten vier diese volle Summe. Den Anteil der Stadtgemeinde an der Reichslandkommunikationssteuer mit 1 500 000 M. veranschlagt, also 500 000 M. mehr gegen das Vorjahr. Als Entschädigung infolge des Ausfalls der Besteuerung der durch das Reich freigegebenen Eintommenssteuer erwartet man 1 800 000 M. einnehmend zu können. Im Ganzen sind des

Einnahmen von 54 285 700 M., mit denen die Stadt in dem Kapitel Gemeindefiskus verfahren. Von dem 8 795 000 M. betragenden Ueberschuß des Haushaltsjahres 1921 will man 2 100 000 M. dem Haushaltsfonds widmen.



# Berliner Fondsbörse vom 8. Juli.

Die Börse schließt immer noch ihre Anregungen aus Gerüchten über Kapitalerhöhungen, hohe Besenrechte und aus den Interessenkämpfen in einzelnen Papieren. Heute entwickelten sich die Spezialitätenbörsen, die Senzation des Tages waren Augsburg-Nürnberg-Maschinen, bei denen man größere Auslands-Akte fe bemerkbar wollte und sich großen Umsätzen aus neue sehr beträchtlich gezeigt wurden. Weiterhin Favorit waren heute Deutsche Petroleum-Aktien, die angeblich seitens einer Großbank gekauft worden, bei denen man von einem Anschluß an die International Petroleum sprach. Die Tendenz zeigte sich auch sonst feste Haltung, da vom Publikum neue große Ordres kamen. Andersseits nahm die Spekulation allerdings hier und da Gewinnserien vor.

Montanwerte (fest): Harpener (+9), Rhein Stahl (+8 1/2), Rückgang nur Oberbedarf (-3).

Schiffahrtswerte ebenfalls gestiegen.

Elektrizitätswerte zeigten sich in engen Grenzen im Stande verfahren, aber konnten im Durchschnitt ihre Kurse sehr fest war der Markt der sonstigen Industrie, Augsburg-Nürnberg gewannen schließlich ca. 100 p. Ct. Außerdem rückte Deutsche Waffen 11 p. Ct., Hirsch-Kupfer 13 1/2 p. Ct., Zellstoff Walhof 7 1/2, Stettiner Vellon 10 und Orestein 3, Zellstoff

Nur Rheinmetall, die auch schon in den letzten Tagen vernachlässigt waren, blieben 2 p. Ct. ein.

Kalipapiere allgemein fest. Deutsch Kal 16, Westergien +15 p. Ct. Kalinebenwerte vernachlässigt und eher etwas schwächer.

Der Markt der chemischen Papiere ebenfalls fest. Ti. Goldstein, Anilin, 12 p. Ct. höher. Stärker rückgängig, lediglich Baifische Anilin (-9).

Petroleumpapiere fest; Deutsch-Petroleum + 2 1/2 p. Ct.

Kolonialpapiere im Einklang mit der Devisenbewegung still und unbehelligt. Kurveränderungen nach beiden Seiten in engen Grenzen.

Heimische Anleihen still, jedoch fest. Valutanten bei ruhigem Geschäft behauptet.

Realistische Banknoten gehalten.

Im weiteren Verlauf konnte sich der Kursstand der meisten Papiere nur erhöhen. Rombacher notierten 378 nach 370, Hirsch Kupfer 388 nach 387, Augsburg-Nürnberg 712 nach 705. Orestein, Rheinmetall, Hirsch Kupfer, Mannesmannröhren 690 nach 692, Th. Goldschmidt 710 nach 715.

An der Nachbörse konnte sich die feste Stimmung weiterhin behaupten. Orestein & Koppel konnte seine Aufwärtsbewegung weiter fortsetzen und gewann im ganzen 24 1/2 p. Ct., Rhein Stahl + 18.

Die Befestigung des Marktes bewirkte an der heutigen Börse am Markt der ausländischen Zahlungsmittel ein

Nachgehen der Devisenkurse. Geschäft ruhig. Cable New York 75 1/2 genannt, Dollarkurs gingen mit 74 1/2 % am, Bankkurs unverändert 111. Ungarn 275, Oesterreicher 10,60 A 46, Koochinsk-Noten 4,30.

Der von unnotierten Werte lobhaftes Geschäft und große Umsätze. Bevorzugt waren Teichgrüß mit 305, Meyer-Kaufmann 285, Liechtenberg-Wolle 300. Namentlich aber wurden Hochfrequenz-Aktien, die erste stürker begehrt. Teils 356, Hispano Amerika 4, Electricidad (abgibt sich heute im freien Verkehr umgezogen. 6 p. Ct. Rentenbons 2750 M. A 2778 42750, Aktien Lit. A 4176 A 4170 A 4170.

Bezugsrechte. Heute notierten: Planer Gärden 800 (gestern 800), Polyphon 36 1/2, Wittkop Tiefbau 150 1/2, 140 1/2.

**Alpine Maschinenfabrik-Gesellschaft in Augsburg.** Die Spezialfabrik für Zerkleinerungs- und Mahlanlagen, sowie Eis-, Kühl- und Gefrier-Anlagen „Alpine Maschinenfabrik-Gesellschaft“ Augsburg, hat einen Teil ihrer Aktien an die Allgemeine Aktiengesellschaft umgewandelt. Vorsitzender des Aufsichtsrates ist Konsul Hugo Sachs, Großindustrieller in München, dessen Stellvertreter Dipl.-Ing. Hugo Großfennig, Großindustrieller in Frankfurt a. M. Dem Aufsichtsrat gehören ferner an Bankdirektor Epstein (Bank für Handel und Industrie in Augsburg), Rechtsanwalt Dr. Ludwig Kahn und Schriftföhrer und Intendant a. D. Dr. h. c. Björn Björnsen in München.

## Ämtliche Kurse vom 8. Juli.

Deutsche Anleihen	
D.R.-Anl. u. 2 1/2	75.50 75.50
do. 3	77.00 77.00
do. 4	78.50 78.50
do. 5	80.00 80.00
do. 6	81.50 81.50
do. 7	83.00 83.00
do. 8	84.50 84.50
do. 9	86.00 86.00
do. 10	87.50 87.50
do. 11	89.00 89.00
do. 12	90.50 90.50
do. 13	92.00 92.00
do. 14	93.50 93.50
do. 15	95.00 95.00
do. 16	96.50 96.50
do. 17	98.00 98.00
do. 18	99.50 99.50
do. 19	101.00 101.00
do. 20	102.50 102.50
do. 21	104.00 104.00
do. 22	105.50 105.50
do. 23	107.00 107.00
do. 24	108.50 108.50
do. 25	110.00 110.00
do. 26	111.50 111.50
do. 27	113.00 113.00
do. 28	114.50 114.50
do. 29	116.00 116.00
do. 30	117.50 117.50
do. 31	119.00 119.00
do. 32	120.50 120.50
do. 33	122.00 122.00
do. 34	123.50 123.50
do. 35	125.00 125.00
do. 36	126.50 126.50
do. 37	128.00 128.00
do. 38	129.50 129.50
do. 39	131.00 131.00
do. 40	132.50 132.50
do. 41	134.00 134.00
do. 42	135.50 135.50
do. 43	137.00 137.00
do. 44	138.50 138.50
do. 45	140.00 140.00
do. 46	141.50 141.50
do. 47	143.00 143.00
do. 48	144.50 144.50
do. 49	146.00 146.00
do. 50	147.50 147.50
do. 51	149.00 149.00
do. 52	150.50 150.50
do. 53	152.00 152.00
do. 54	153.50 153.50
do. 55	155.00 155.00
do. 56	156.50 156.50
do. 57	158.00 158.00
do. 58	159.50 159.50
do. 59	161.00 161.00
do. 60	162.50 162.50
do. 61	164.00 164.00
do. 62	165.50 165.50
do. 63	167.00 167.00
do. 64	168.50 168.50
do. 65	170.00 170.00
do. 66	171.50 171.50
do. 67	173.00 173.00
do. 68	174.50 174.50
do. 69	176.00 176.00
do. 70	177.50 177.50
do. 71	179.00 179.00
do. 72	180.50 180.50
do. 73	182.00 182.00
do. 74	183.50 183.50
do. 75	185.00 185.00
do. 76	186.50 186.50
do. 77	188.00 188.00
do. 78	189.50 189.50
do. 79	191.00 191.00
do. 80	192.50 192.50
do. 81	194.00 194.00
do. 82	195.50 195.50
do. 83	197.00 197.00
do. 84	198.50 198.50
do. 85	200.00 200.00
do. 86	201.50 201.50
do. 87	203.00 203.00
do. 88	204.50 204.50
do. 89	206.00 206.00
do. 90	207.50 207.50
do. 91	209.00 209.00
do. 92	210.50 210.50
do. 93	212.00 212.00
do. 94	213.50 213.50
do. 95	215.00 215.00
do. 96	216.50 216.50
do. 97	218.00 218.00
do. 98	219.50 219.50
do. 99	221.00 221.00
do. 100	222.50 222.50

Ausl. Eisen.-Oblig.	
Autosloven. 4 1/2	112.50 112.50
do. 5	114.00 114.00
do. 6	115.50 115.50
do. 7	117.00 117.00
do. 8	118.50 118.50
do. 9	120.00 120.00
do. 10	121.50 121.50
do. 11	123.00 123.00
do. 12	124.50 124.50
do. 13	126.00 126.00
do. 14	127.50 127.50
do. 15	129.00 129.00
do. 16	130.50 130.50
do. 17	132.00 132.00
do. 18	133.50 133.50
do. 19	135.00 135.00
do. 20	136.50 136.50
do. 21	138.00 138.00
do. 22	139.50 139.50
do. 23	141.00 141.00
do. 24	142.50 142.50
do. 25	144.00 144.00
do. 26	145.50 145.50
do. 27	147.00 147.00
do. 28	148.50 148.50
do. 29	150.00 150.00
do. 30	151.50 151.50
do. 31	153.00 153.00
do. 32	154.50 154.50
do. 33	156.00 156.00
do. 34	157.50 157.50
do. 35	159.00 159.00
do. 36	160.50 160.50
do. 37	162.00 162.00
do. 38	163.50 163.50
do. 39	165.00 165.00
do. 40	166.50 166.50
do. 41	168.00 168.00
do. 42	169.50 169.50
do. 43	171.00 171.00
do. 44	172.50 172.50
do. 45	174.00 174.00
do. 46	175.50 175.50
do. 47	177.00 177.00
do. 48	178.50 178.50
do. 49	180.00 180.00
do. 50	181.50 181.50
do. 51	183.00 183.00
do. 52	184.50 184.50
do. 53	186.00 186.00
do. 54	187.50 187.50
do. 55	189.00 189.00
do. 56	190.50 190.50
do. 57	192.00 192.00
do. 58	193.50 193.50
do. 59	195.00 195.00
do. 60	196.50 196.50
do. 61	198.00 198.00
do. 62	199.50 199.50
do. 63	201.00 201.00
do. 64	202.50 202.50
do. 65	204.00 204.00
do. 66	205.50 205.50
do. 67	207.00 207.00
do. 68	208.50 208.50
do. 69	210.00 210.00
do. 70	211.50 211.50
do. 71	213.00 213.00
do. 72	214.50 214.50
do. 73	216.00 216.00
do. 74	217.50 217.50
do. 75	219.00 219.00
do. 76	220.50 220.50
do. 77	222.00 222.00
do. 78	223.50 223.50
do. 79	225.00 225.00
do. 80	226.50 226.50
do. 81	228.00 228.00
do. 82	229.50 229.50
do. 83	231.00 231.00
do. 84	232.50 232.50
do. 85	234.00 234.00
do. 86	235.50 235.50
do. 87	237.00 237.00
do. 88	238.50 238.50
do. 89	240.00 240.00
do. 90	241.50 241.50
do. 91	243.00 243.00
do. 92	244.50 244.50
do. 93	246.00 246.00
do. 94	247.50 247.50
do. 95	249.00 249.00
do. 96	250.50 250.50
do. 97	252.00 252.00
do. 98	253.50 253.50
do. 99	255.00 255.00
do. 100	256.50 256.50

Kolonial-Werte.	
Verkehrswert	1500,00 1500,00
Schiffahrtswert	1500,00 1500,00
Industriewert	1500,00 1500,00
Handelswert	1500,00 1500,00
Bankwert	1500,00 1500,00
Realwert	1500,00 1500,00
Immobilienwert	1500,00 1500,00
Grundbesitzwert	1500,00 1500,00
Waldbesitzwert	1500,00 1500,00
Ungar. St.-B. 104	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 105	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 106	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 107	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 108	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 109	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 110	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 111	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 112	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 113	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 114	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 115	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 116	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 117	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 118	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 119	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 120	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 121	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 122	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 123	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 124	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 125	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 126	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 127	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 128	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 129	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 130	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 131	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 132	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 133	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 134	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 135	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 136	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 137	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 138	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 139	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 140	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 141	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 142	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 143	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 144	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 145	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 146	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 147	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 148	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 149	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 150	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 151	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 152	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 153	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 154	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 155	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 156	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 157	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 158	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 159	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 160	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 161	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 162	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 163	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 164	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 165	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 166	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 167	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 168	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 169	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 170	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 171	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 172	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 173	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 174	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 175	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 176	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 177	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 178	35,24 35,24
Ungar. St.-B. 179	35,24 35,24
Ungar.	